

Herrn Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann MdL  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

Stuttgart, 06.04.2021

## **Koalitionsverhandlungen**

Gelingende Resozialisierung ist der beste Opferschutz!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

der Vorstand und die Steuerungsgruppe des Netzwerkes Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR freuen sich, mit Ihnen und Ihrer Partei in der neuen Landesregierung gut und gedeihlich zusammenzuarbeiten.

In der kommenden Legislaturperiode werden die Herausforderungen nicht kleiner werden. Das Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR mit seinen Mitgliedsorganisationen steht Ihnen als starker und kompetenter Partner im Bereich der Resozialisierung, der Prävention und des Opferschutzes zur Seite.

Das Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR ist ein Zusammenschluss des Badischen Landesverbands für soziale Rechtspflege K.d.ö.R, des Verbands Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V. und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, LV Baden-Württemberg e.V. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen tragen wir die Verantwortung für landesweite Projekte wie „Schwitzen statt Sitzen“, das „Nachsorgeprojekt Chance“ das „Eltern-Kind-Projekt“, „Schuldnerberatung in Haft“ oder die „Wiedereingliederung älterer Gefangener“. Das Ziel unserer Arbeit ist eine wirksame Resozialisierung, Prävention und damit zugleich Rückfallvermeidung und Opferschutz.

Die fiskalischen Einspareffekte für den Landeshaushalt lagen in den letzten fünf Jahren allein durch das Projekt „Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch Ableistung von gemeinnütziger Arbeit“ kurz „Schwitzen statt Sitzen“ bei mehr als 65 Millionen Euro. Gerade im Bereich der Haftvermeidung, in Fällen, in denen die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird, liegt noch deutliches Potential.

Gerne möchten wir den Beginn der Koalitionsverhandlungen nutzen, Ihnen unsere zentralen Anliegen und Wünsche für die kommende Legislaturperiode mitzuteilen und freuen uns, wenn diese im Kern auch im Koalitionsvertrag Berücksichtigung finden.

## Zentrale Anliegen des Netzwerks Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR

- Die Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Die 2016 geschlossene Kooperationsvereinbarung über die Integration von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in Baden-Württemberg ist hier wegweisend. Ziel der Vereinbarung ist es, dass möglichst vielen Entlassenen der Übergang in eine neue Existenz gelingt und dadurch das Risiko erneuter Straffälligkeit sinkt. Die Kooperationsvereinbarung muss weiter gestärkt und von allen beteiligten Akteuren aktiv gestaltet werden.
- Die hohe Qualität der Arbeit des Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR und in den landesweit umgesetzten Programmen muss erhalten bleiben. Wir brauchen gut ausgebildetes Personal und verlässliche Strukturen. Die freie Straffälligenhilfe muss finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihrer Aufgabe weiterhin gerecht werden kann.
- Das Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR geht davon aus, dass die bewährte Aufteilung der Aufgaben zwischen der staatlichen Sozialarbeit der Justiz, der Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg und der freien Straffälligenhilfe wie bisher weitergeführt wird. Das bedeutet aus unserer Sicht auch, dass bewährte Strukturen der freien Straffälligenhilfe erhalten bleiben müssen und wir uns nicht in Doppelstrukturen begeben dürfen, die Adressaten und Auftraggeber verunsichern und bisher eindeutige Abläufe fehleranfällig machen.
- Die Handlungsfähigkeit der freien Straffälligenhilfe mit der ihr eigenen Innovationskraft muss gewährleistet werden. Daher muss sichergestellt sein, dass die Bewährungs- und Gerichtshilfe wie bisher auch künftig keine Bußgelder einwirbt und damit in Konkurrenz zu den freien Trägern tritt, sondern für ihren gesetzlichen Auftrag bedarfsgerecht aus dem Landeshaushalt finanziert wird.
- Im Bereich der Haftvermeidung, überall da wo die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet wird, liegt noch deutliches Potential. Das Netzwerk Straffälligenhilfe Baden-Württemberg hat in der letzten Legislaturperiode hierzu Vorschläge gemacht. Soweit sie noch nicht realisiert wurden, sollten die Haftvermeidungsprojekte rasch umgesetzt werden. Hier sind deutliche Einspareffekte für den Landeshaushalt zu erwarten. Wichtiger ist, dass den betroffenen Personen unnötige Hafterfahrungen und der Gesellschaft weitere Folgekosten erspart werden.
- Die demografische Entwicklung macht auch vor den Justizvollzugsanstalten nicht halt. Das in Deutschland einmalige und landesweit umgesetzte Projekt zur „Wiedereingliederung älterer Gefangener“, welches fraktionsübergreifend gefördert wurde, muss im Landeshaushalt 2022 Berücksichtigung finden. Das Projekt hat beispielsweise mit der Einführung der Pflegebegutachtung in Haft in Baden-Württemberg, bundesweit bislang nicht dagewesene Strukturen aufgebaut. Die finanziellen Grundlagen müssen im Landeshaushalt auf Dauer sichergestellt werden.
- Das bürgerschaftliche Engagement der freien Straffälligenhilfe ist in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. Wir fordern die Stärkung der Anerkennungs- und Fortbildungskultur für ehrenamtlich Tätige. Die neu implementierte Struktur des Fortbundesverbundes Straffälligenhilfe Baden-Württemberg zur Stärkung des Ehrenamtes in der Justiz muss weiter ausgebaut werden.
- Opferschutz und Begleitung sind unverzichtbare Angebote in Baden-Württemberg. Deshalb ist eine Verbesserung der Informationsangebote für Opfer von Straftaten wichtig. Nur wenn Opfer ihre Rechte und die für sie eingerichteten Hilfsangebote kennen,

werden sie sie nutzen können. Moderner Opferschutz und eine effiziente Strafverfolgung stellen dabei keinen Gegensatz dar; sie profitieren gleichermaßen von unseren Anstrengungen. Wir fordern den Ausbau von Gewaltpräventionsangeboten und die Stärkung der psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer im Strafprozess.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, wir würden uns freuen, wenn unsere Vorschläge in Ihre Überlegungen im Zusammenhang mit den Absprachen der neuen Regierungskoalition einfließen würden. Für die kommenden Wochen wünschen wir Ihnen viel Kraft und Freude daran, die Politik für die Menschen in Baden-Württemberg zu gestalten.

Gerne kommen wir für ein Gespräch und ein erstes Kennenlernen nach dem Regierungsantritt zu Ihnen in den Landtag.

Herzliche Grüße

- für den Vorstand und die Steuerungsgruppe des Netzwerks Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg GbR -



Ursel Wolfgramm

Vorstandsvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes  
Landesverband Baden-Württemberg e.V.



Achim Brauneisen

Vorsitzender Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V.



Dr. Karl-Michael Walz

Vorsitzender Badischer Landesverband für soziale Rechtspflege, K.d.ö.R.



Sabine Oswald

DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg e.V.



Sascha Oechsle

Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V.



Sebastian Kopp

Badischer Landesverband für soziale Rechtspflege K.d.ö.R.